



## Hendrik Siegel

Kandidat der FDP zur  
Bundestagswahl im Wahlkreis 009  
Ostholstein - Reinfeld - Nordstormarn

Brahmsweg 1  
23611 Bad Schwartau  
Telefon: (0451) 20 80 64  
Mobil: (0179) 4 52 25 61  
E-Mail: [H.Siegel@FDP-BadSchwartau.de](mailto:H.Siegel@FDP-BadSchwartau.de)

[www.FDP-Ostholstein.de](http://www.FDP-Ostholstein.de)

## Presse-Information

**Text:** Frank Peters (V.i.S.d.P.), Ortsvorsitzender FDP Bad Schwartau  
**Foto:** Copyright: Hellmann/privat

10. Juni 2009

### **Bundestagskandidat Siegel mahnt: Guantánamo-Häftlinge aufnehmen!**

Der Direktkandidat der FDP im Wahlkreis Ostholstein, **Hendrik Siegel**, mahnt die Landesregierung Schleswig-Holsteins an, insbesondere die Innenminister der unionsregierten Bundesländer für eine Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen zu gewinnen. Nach Auffassung Siegels, der in Kiel und Göttingen Völkerrecht studierte, ist eine Aufnahme ein dringend notwendiger humanitärer Akt.

In dieser Frage will aber auch die Bundesregierung noch klären, ob die von den USA zur Aufnahme vorgeschlagenen Gefangenen auch anderswo leben könnten. Die Bundesregierung wurde um die Aufnahme von neun uigurischen Guantánamo-Häftlingen mit chinesischer Staatsbürgerschaft gebeten; nun hat der pazifische Inselstaat Palau erklärt, die bislang völkerrechtswidrig in Guantánamo einsitzenden Uiguren aufnehmen zu wollen.

**„Es ist nachvollziehbar und geboten, jeden Einzelfall eines bislang völkerrechtswidrig in Guantánamo Inhaftierten daraufhin zu überprüfen, ob eine potenzielle Gefahr von diesem ausgeht“**, erklärte Siegel, **„allerdings darf die generelle Ablehnung einzelner deutscher Landesregierungen nicht dazu führen, dass Deutschland überhaupt keine Häftlinge mehr aufnimmt.“** Die Innenminister Sachsens, Thüringens, Niedersachsens, Bayerns und Hessens haben eine Aufnahme bislang abgelehnt.

Eine Prüfung der Fälle sollte aber vorbehaltlos erfolgen – das Bundesinnenministerium will diese jedoch erst einleiten, wenn ein besonderer Grund für eine Aufnahme in Deutschland feststeht.

Daher sagte Siegel: **„Schon die unbegrenzte, nun schon mehr als 7 Jahre andauernde Haft der Guantánamo-Gefangenen sollte für Deutschland ein besonderer Grund für die Aufnahme sein.** Eine Inhaftierung ohne Anklage und ohne Beweise für die konkrete Schuld eines Inhaftierten konterkariert jedes völkerrechtlich bindende Abkommen zum Schutz der Menschenrechte.“ Bereits die Bush-Regierung musste einräumen, dass die meisten Inhaftierten keine „feindlichen Kämpfer“ seien – damit geht von ihnen auch keine Gefahr aus.

Siegel sagte: „Wer unschuldig ist, muss hier aufgenommen werden dürfen!“ Der Bundestagskandidat erklärte, dass eine außenpolitische Konfrontation mit China in der Frage der uigurischen Inhaftierten gescheut wurde, es befinden sich in Guantánamo Bay aber weitere

Inhaftierte, die auf den humanitären Akt der Aufnahme warten, um freikommen zu können.

**„Deutschland darf sich nicht aus der Verantwortung um das Schicksal der Guantánamo-Häftlinge stellen – bereits im Fall des aus Bremen stammenden Guantánamo-Inhaftierten Murat Kurnaz blieben deutsche Behörden jahrelang untätig, obwohl sie von seiner Unschuld wussten“**, erklärte Siegel.

„Die Bundesrepublik sollte jetzt Obama helfen, nach Jahren der Folter und Willkür zu einer Achtung der Menschenrechte zurückzukehren – und damit das Lager Guantánamo endlich zu schließen“, sagte Siegel abschließend.